KOMMENTAR 01.02.2016 | Bente Scheller

Alle Jahre wieder

Auch diese Verhandlungen in Genf werden die Gewalt in Syrien nicht stoppen.

Alle Jahre wieder wird von Genf aus ein Plan für die Machtübergabe in Syrien gefordert. Auch die Gespräche, die am 29. Januar beginnen sollen, sind nur ein öffentlichkeitswirksamer Ersatz dafür, endlich das humanitär Notwendigste zu tun. Assad kann mit seinem Krieg gegen die Opposition fortfahren.

Die Türkei fordert, die kurdische PYD solle nicht eingeladen werden. Die Russen bestehen darauf. Die Opposition will die Verhandlungen boykottieren, solange das Regime seine Hungerblockaden aufrechterhält. Die USA beharren darauf, es sollten keinerlei Vorbedingungen gestellt werden. Nur eine Seite scheint in der Vorbereitung auf Genf III wunschlos glücklich: das syrische Regime. Das sagt eigentlich schon alles über die Aussicht auf einen Erfolg der Verhandlungen.

Nur eine Seite scheint in der Vorbereitung auf Genf III wunschlos glücklich: das syrische Regime.

Derart gelassen kann Assad der Konferenz entgegensehen, weil schon jetzt klar ist, dass er nichts zu fürchten hat. Die Staaten, die sein Abtreten gefordert haben, sind nach wie vor nicht bereit, darauf zu dringen. Seine Verbündeten, Russland und Iran, engagieren sich umso unverhohlener nicht nur diplomatisch sondern militärisch dafür, dass er im Amt bleibt. Assad setzt auf eine Verzögerungsstrategie. Kreuzbrav bekundet er seinen Verhandlungswillen.

Doch während international der Wien-Prozess und die Konferenz in Riad, bei der sich die wichtigsten Oppositionsvertreter und Rebellengruppen auf eine politische Lösung des Konfliktes verständigt hatten, als Schritte in Richtung einer diplomatischen Lösung betrachtet wurden, versucht Damaskus, den Prozess mit Gewalt zu sabotieren. Kaum war die Koalition ins Leben gerufen, verhaftete das syrische Regime, wenn auch nur kurzfristig, zwei Mitglieder auf dem Weg nach Saudi Arabien und rühmte sich, Zahran Alloush, Anführer der

wichtigsten Rebellengruppe im Umland von Damaskus, mit einem Luftangriff getötet zu haben.

Ein zynisches Spiel

Die syrische und russische Luftwaffe setzten ungemindert ihre Bombardements fort – Bombardements die selten ISIS, häufig andere Rebellen und gezielt zivile Infrastruktur wie Schulen und Krankenhäuser treffen. Auch die Belagerung Dutzender Ortschaften ist wieder in den Fokus gerückt, eine Strategie, die schon 2013 im Vorfeld von Genf II angewendet wurde. Damals mussten der Damaszener Vorort Mouadhamiya dran glauben, Arbin und Yarmouk. Heute ist es unter anderem Madaya, in der das Regime die humanitäre Lage jenseits alles Vorstellbaren getrieben hat.

Auch Rebellen belagern Ortschaften, doch niemand tut es so gnadenlos wie das syrische Regime. Angesichts der verheerenden Lage mahnte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon: „Aushungern als Waffe einzusetzen, ist ein Kriegsverbrechen."

Um die Tagesordnung der Genfer Verhandlungen zu ändern, tötet und gefährdet der syrische Staat Zivilisten, zu deren Schutz er völkerrechtlich eigentlich verpflichtet wäre. Damit erhöht er sozusagen die Anzahl der Verhandlungsgegenstände, um Konzessionen machen zu können, ohne von seinen genuinen Interessen etwas preisgeben zu müssen.

Die Vereinten Nationen spielen dieses zynische Spiel mit. Erst vergangene Woche veröffentlichte Buzzfeed, welche Redigaturen Damaskus am jüngsten Humanitarian Response Plan der Vereinten Nationen vorgenommen hat. Konsequent haben Vertreter des Regimes die Formulierung „belagerte Gebiete" gestrichen und durch harmlosere Formulierungen ersetzt, Minenräumung und andere dem Regime unliebsame Themen ausgeblendet und die dramatische Lage heruntergespielt. Für 91 Hilfslieferungen suchte die UN im vergangenen Jahr die Zustimmung der Regierung in Damaskus. Noch nicht einmal einem Drittel davon stimmte das Regime prinzipiell zu, und letztlich wurden lediglich 13 tatsächlich umgesetzt.

Der Sicherheitsrat hätte längst tätig werden müssen

Humanitärer Zugang zu allen Gebieten, Freilassung politischer Gefangener, ein Ende des Bombardements ziviler Einrichtungen, des Einsatzes von Fassbomben und Chlorgas – auf all dies haben sich die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates inklusive Russland in einer Reihe von Resolutionen verständigt. Es ist jedoch noch nicht einmal ein Bemühen erkennbar, diese Forderungen auch durchzusetzen. Insofern mutet es grotesk an, wenn die internationale Gemeinschaft nun der Opposition vorhält, sie würde „Vorbedingungen" stellen, wenn sie lediglich die gleichen Dinge fordert, die der Sicherheitsrat längst von selbst hätte in Angriff nehmen sollen. Die Hungerblockaden aufzuheben, humanitärer Zugang zu gewähren und Luftangriffe auf Zivilisten einzustellen, sind eine humanitäre Notwendigkeit, nicht etwas, um das geschachert werden sollte.

Für einen Friedensprozess in Syrien unter der Ägide der UN – wie in Wien vorgesehen – braucht es eine starke und glaubhafte UN.

Für einen Friedensprozess in Syrien unter der Ägide der UN – wie in Wien vorgesehen – braucht es eine starke und glaubhafte UN. Höchste Zeit also, dass ihre mächtigsten Mitglieder ihren Worten endlich Taten folgen lassen. Wenn schon in diesen Fragen, in denen sie sich einigen konnten, kein Vorstoß gemacht wird: Wie soll die UN eine entscheidende Rolle bei der weitaus heikleren Frage einer Machtübergabe in Syrien spielen?

Schon Genf I 2012 hatte einen konkreten Plan für eine Machtübergabe gefordert. Drei Jahre sind seither verstrichen, ohne dass Russland und der Rest der Welt sich darüber einig geworden sind, ob, wann und wie Assad abtreten soll. Neu an der jetzigen Konstellation ist also nur, dass Assads Verbündeter Wladimir Putin noch deutlicher zeigt, wie weit er bereit ist, zu einer Verteidigung seiner Interessen zu gehen. Hier und in der Ukraine hat sich gezeigt, dass er mit wenig internationalem Widerstand rechnen muss.

Assads Gegner werden

geschwächt

Die UN kann nur so stark sein, wie ihre Mitgliedsstaaten es zulassen. Bei Syrien ist hier also nicht viel zu erwarten. Wenn der UN-Sondergesandte Staffan de Mistura also trotz dieser ungünstigen Konstellation darauf drängt, die Verhandlungen stattfinden zu lassen, ohne dass feststeht, dass es zu maßgeblichen Veränderungen kommen wird, heißt das: Es geht eher um die Simulation eines Prozesses als darum, tatsächlich eine Einigung zu erzielen. Die Konferenzen sind öffentlichkeitswirksamer Ersatz dafür, tatsächlich etwas zu tun.

Assad und seine Verbündeten werden bestärkt darin, statt einer politischen Lösung an einer militärischen Auslöschung der Opposition fortzufahren. Wann immer die internationale Gemeinschaft die Erfahrung gemacht hat, dass sie bei Assad auf taube Ohren stößt, hat sie zum Umkehrschluss gegriffen und stattdessen von der Opposition verlangt, bescheidener in ihren Forderungen zu werden. Die größte Gefahr also ist, dass Assads Gegner durch die anstehenden Verhandlungen weiter geschwächt werden, da nicht erkennbar ist, warum sie überhaupt an den Verhandlungstisch kommen sollten.

Dieser Beitrag ist unter Creative Commons Lizenz von der Heinrich Böll Stiftung übernommen.



Bente Scheller
Beirut

Bente Scheller leitet seit 2012 das Regionalbüro Mittlerer Osten der Heinrich-Böll-Stiftung in Beirut. Von 2008 bis 2012 leitete sie das Afghanistan-Büro der Stiftung. Sie war von 2002 bis 2004 Referentin für Terrorismusbekämpfung an der deutschen Botschaft Damaskus und promovierte danach mit einem Graduiertenstipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung an der FU Berlin zu syrischer Außenpolitik. Im November 2013 erschien von ihr The Wisdom of Syria's Waiting Game. Foreign Policy under the Assads bei Hurst Publishers.

4 LESERBRIEFE

Heinz Schneider schrieb am 31.01.2016

Der Kern dieses Beitrags erschließt sich mir nicht. Die Autorin wünscht sich eine Machtübergabe in Syrien, deutet aber nicht einmal an, an wen? Soll das Schiksal der in Syrien verbliebenen Menschen in die Hände der 1500 bewaffneten, untereinander verfeindeten Oppositiongruppen gelegt werden? Die Folgen ähnlicher "Regime Change" Strategien im Irak, Lybien und andernorts sind doch offenkundig.
Sicher, viele Staaten haben Assads Abtreten geordert. Dafür haben alle gute Gründe genannt, aber ebenfalls keine Alternative. Die Präferenzen der syrischen Bevölkerung und das Völkerrecht scheinen ohnehin keine Rolle bei derartigen Überlegungen zu spielen.
Letztlich erscheint mir der Beitrag äußerst einseitig. Assad und die Russen töten und zerstören Infrastruktur. Rebellen und der Westen nicht?

Heiko Schlottke schrieb am 02.02.2016

Ob Heinrich Böll einverstanden wäre mit den einseitigen

"Analysen", die von der Stiftung seines Namens in die Welt gesetzt werden, bezweifle ich. Wer von syrischer Opposition spricht, muss sagen, wer das sein soll. Wer von Hungerblockaden spricht, sollte wirklich auf alle Seiten schauen. Die berüchtigten Fassbomben kommen natürlich vor. Es sollte mal nüchtern beschrieben werden, ob die viel schlimmer sind als alle jene Bomben, mit denen die neue "Koalition der Willigen" uneingeladen in Syrien seit langem herumbombt. Völkerrechtswidrig, wenn ich mich nicht täusche. Wer nicht zuletzt vor diesem Hintergrund beklagt, dass die UN zu schwach sind, macht sich lächerlich. Wenn der Westen ständig an den UN vorbei agiert, ist er für deren Schwächung nun mal (mit-) schuldig. Fazit: ärgerlicher Text.

Wolfgang schrieb am 03.02.2016

Wir brauchen eine Kultur der gemeinsamen Verantwortung. Wie soll es Lösungen geben, wenn jeder nur seinen ganz eigenen Interessen folgt?

Susanne Ringel schrieb am 06.02.2016

Leider ein absolut überflüssiger und einseitiger Artikel ,

ich glaube auch Heinrich Böll wäre mit der Entwicklung "seiner?" Stiftung nicht einverstanden. Sehr schade.
